Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 156. **Sonntag** den 5. Juni 1881. **75. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Montag, den 6. Juni,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Unter Hinweis auf die Vorschriften des Reichsimpfgesetzes vom 8. April 1874 und nach Maßgabe der hierzu erlassenen Königlich Sächsischen Ausführungsverordnung vom 20. März 1875 machen wir hierdurch Folgendes bekannt:

1. Die Stadt Leipzig bildet einen selbstständigen Impfbezirk, für welchen der Stadtwundarzt Herr Dr. med. Wilhelm Conrad Blaß als Impfarzt und Herr Dr. med. Schellenberg als dessen Assistent verpflichtet worden sind.
2. Das Impflocal befindet sich im Stadthause, Obstmarkt Nr. 3, 1 Treppe.
3. Daselbst finden die öffentlichen Impfungen von hier aufhältlichen Kindern in der Zeit vom 4. Mai bis einschließlich 13. Juli und vom 17. August bis Ende September laufenden Jahres, und zwar bis auf Weiteres an jedem Mittwoch von ½3 bis 5 Uhr Nachmittags, unentgeltlich statt.
   Daselbst sind auch die Impflinge je an dem darauf folgenden Mittwoch zur Revision vorzustellen.
4. Im Laufe dieses Jahres sind der Impfung zu unterziehen:
   I. diejenigen Kinder,
      a. welche im Jahre 1880 geboren worden,
      b. welche in den Jahren 1874, 1875, 1876, 1877, 1878 oder 1879 geboren sind und im Jahre 1880 der Impfpflicht nicht vollständig genügt haben (erfolglos geimpft oder wegen Krankheit nicht geimpft),
   II. diejenigen Zöglinge öffentlicher Lehranstalten und Privatschulen,
      a. welche im Jahre 1869 geboren sind,
      b. welche in den Jahren 1863, 1864, 1865, 1866, 1867 oder 1868 geboren sind und im Jahre 1880 der Impfpflicht noch nicht vollständig genügt haben (erfolglos wiedergeimpft oder wegen Krankheit nicht wiedergeimpft).
5. Alle hiesigen Einwohner sind berechtigt, ihre, wie zu 4 unter 1a. und 1b. bemerkt, impfpflichtigen Kindern dort unentgeltlich impfen zu lassen.
   Ebenso wird unbemittelten, hier wohnhaften Personen, deren Kinder vor dem Jahre 1874 geboren, aber noch nicht mit Erfolg geimpft sind, die unentgeltliche Impfung dieser Kinder in den vorerwähnten Impfterminen hiermit angeboten.
6. Für jedes Kind, welches zur Impfung gebracht wird, ist gleichzeitig ein Zettel zu übergeben, auf welchem Name, Geburtsjahr und Geburtstag des Kindes, sowie Name, Stand und Wohnung des Vaters, Pflegevaters oder Vormundes, beziehentlich der Mutter oder Pflegemutter deutlich verzeichnet ist.
7. Die Eltern der im laufenden Jahre impfpflichtigen Kinder werden daher hierdurch unter ausdrücklicher Verwarnung vor den in §. 14, Abs. 2 des Impfgesetzes angedrohten Strafen aufgefordert, mit ihren Kindern in den anberaumten Impf- beziehentlich Revisionsterminen behufs der Impfung und ihrer Controle zu erscheinen, oder die Befreiung von der Impfpflicht durch ärztliche Zeugnisse hier nachzuweisen.
8. Wegen der Anberaumung der Impf- und Revisionstermine zur Wiederimpfung beziehentlich Controle der oben unter IIa. und b. gedachten impfpflichtigen Zöglinge wird an die Schulvorsteher besondere Weisung ergehen.
9. Diejenigen Eltern, Pflegeeltern und Vormünder aber, welche ihre im Jahre 1881 impfpflichtigen beziehentlich wiederimpfpflichtigen Kinder und Pflegebefohlenen, wie ihnen freigestellt ist, durch Privatärzte der Impfung unterziehen lassen wollen, werden hierdurch aufgefordert, bis längstens zum 30. September 1881 die erforderlichen Impfungen ausführen zu lassen, sowie jedenfalls längstens am 7. Januar 1882 die vorgeschriebenen Bescheinigungen darüber, daß die Impfung beziehentlich Wiederimpfung erfolgt oder aus einem gesetzlichen Grunde unterblieben ist, in der Impfexpedition im Stadthause, Obstmarkt Nr. 3, Parterre-Zimmer Nr. 63 vorzulegen, widrigenfalls sie Geldstrafe bis zu 50 Mark oder Haft bis zu 3 Tagen zu gewärtigen haben würden.

Leipzig, am 26. April 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Uhlmann.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit der §§ 2 und 7 des Regulativs für Gasrohrleitungen und Gasbeleuchtungsanlagen in Privatgrundstücken vom 2. März 1863 machen wir bekannt, daß der Klempner

Herr **Karl Frisch** hier, Mittelstr. 10,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, am 30. Mai 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Ritmann.

Von dem unterzeichneten Amte sind heute
Herr Referendar **Arthur Oscar Heyde**
und
Herr Dr. **Johann Carl Wilhelm Berger**
als etatmäßige Referendare angestellt worden.

Leipzig, am 1. Juni 1881.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Dr. Rüder.

Bekanntmachung,
das Freibad am Kopfwehr betreffend.

Das **Freibad am Kopfwehr** wird am 1. Juni eröffnet, und ist die Beaufsichtigung desselben auch für dieses Jahr Herrn Fischermeister Carl Wilhelm Meißner übertragen.

Für Benutzung des Bades gelten die unter ⊙ nachstehenden Bedingungen.

Leipzig, den 31. Mai 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

⊙

1) Die Anstalt kann in der Zeit von Morgens 5 bis Mittags 1½ Uhr und von Nachmittags 3½ Uhr bis zum Dunkelwerden unentgeltlich benutzt werden.
2) Die tägliche Schlußzeit wird durch zwei Zeichen mit der Glocke angegeben.
3) Nach dem ersten Zeichen wird Niemand mehr eingelassen, nach dem zweiten haben die Badenden sich sofort aus den Bassins und sodann mit möglichster Beschleunigung aus der Anstalt zu entfernen.
4) Erwachsene werden in das Bad nur gelassen, wenn sie mit Badehosen versehen sind.
5) Die Perrons, Brücken, Aus- und Ankleidestellen, Bassins und sonstigen Räumlichkeiten der Anstalt dürfen in keiner Weise verunreinigt werden.
6) Niemand darf den Anderen bespritzen, untertauchen oder sonst belästigen.
7) Alles unnöthige Schreien, Lärmen und Herumlaufen in der Anstalt ist untersagt.
8) Abwaschungen mit Seife dürfen nur an dem dazu bestimmten Orte vorgenommen werden.
9) Das Ein- und Aussteigen darf nur auf den Treppen geschehen.
10) Die jedesmalige Benutzung der Anstalt ist auf die Dauer einer Stunde beschränkt.
11) Das Mitbringen von Hunden in die Anstalt ist verboten.
12) Das Betreten der Rasenböschungen, das Ueberspringen der Barrièren und das Baden in den Zu- und Abflußgräben ist nicht gestattet.
13) Jeder Besucher der Anstalt hat dem Aufseher auf dessen Verlangen seinen Namen und Stand, sowie seine Wohnung zu nennen.
14) Den Anordnungen des Aufsehers ist unweigerlich Folge zu leisten.
15) Widersetzlichkeiten gegen denselben oder Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe oder Haft, oder auch mit dem Verbote fernerer Benutzung der Anstalt geahndet.

Bekanntmachung,
die Ausgabe neuer Zinsbogen für die Schuldscheine der Anleihe der Stadt Leipzig vom 1. Juli 1856 betreffend.

Die Ausgabe neuer Zinsbogen für die Schuldscheine der Anleihe der Stadt Leipzig vom 1. Juli 1856 findet gegen Rückgabe der bisherigen Talons

vom 17. dieses Monats an

in unserer Stadtcasse statt.

Auf briefliche Zusendung der neuen Zinsbogen, sowie überhaupt auf diesfallsige Correspondenz können wir uns nicht einlassen, es haben vielmehr alle auswärtigen Inhaber den Umtausch selbst oder durch Beauftragte bei unserer vorgenannten Casse zu bewirken.

Leipzig, am 3. Juni 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Seidemann, Stadtcass.

Bekanntmachung.

Der Seifensiedermeister
Herr **Franz Eduard Steinbach**
beabsichtigt seine an der Moritzstraße unter Nr. 18 gelegene Seifensiederei durch Errichtung von damit zusammenhängenden Anlagen auf dem von ihm dazu gebrauchten Nachbargrundstücke, Moritzstraße Nr. 19 (Fol. 60 des Grund- und Hypothekenbuches für die Stadt Leipzig, Amtsantheil) zu erweitern.

Wir bringen dieses Unternehmen hiermit zur öffentlichen Kenntniß mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen dagegen, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen bei uns anzubringen.

Einwendungen, welche auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, sind, ohne daß von der Erledigung derselben die Genehmigung der Anlage abhängig gemacht werden wird, zur richterlichen Entscheidung zu verweisen.

Leipzig, am 2. Juni 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kretschmer.

Stockholz-Auction.

Montag, am 20. Juni c., sollen von Nachmittags 3 Uhr an im Forstrevière Connewitz auf den Mittelwaldschlägen in Abth. 27 und 30a

ca. **900 Haufen klein gemachtes Stockholz**

unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage an der schwarzen Brücke in der Connewitzer Linie.

Leipzig, den 2. Juni 1881.

Des Raths Forst-Deputation.

Das vom königl. Gerichtsamt Sayda am 16. Februar 1871 für **Hulda Thecla Kunert** ausgestellte Dienstbuch wurde verloren und ist dasselbe bei Auffindung anher einzuliefern.

Leipzig, am 1. Juni 1881.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Dr. Rüder. Degner, S.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 5. Juni.

Die Festtage werden sicherlich erwünschte Ruhe in das Parteigetriebe bringen; aber nach dem Feste wird der Kampf aufs Neue beginnen, und was die Organisation anbetrifft, so harren besonders der Liberalen die wichtigsten Aufgaben. Die Lage ist nunmehr in erwünschter Weise geklärt. Die Existenzberechtigung und Nothwendigkeit der nationalliberalen oder einer gemäßigt liberalen Partei neben entschiedenen Richtungen des Liberalismus legt die soeben veröffentlichte „Erklärung" mit den folgenden Worten dar: „Nach schmerzlichen Erfahrungen und Prüfungen der Vergangenheit ist die nationalliberale Partei aus der Ueberzeugung unseres Volkes hervorgegangen, daß eine über ganz Deutschland ausgebreitete, unabhängige, reactionären wie radicalen Tendenzen gleichmäßig sich fernhaltende, durch die Unterordnung individueller Ansichten unter die großen gemeinsamen Ziele starke liberale Partei eine Nothwendigkeit ist. Ohne eine solche Partei würde ein fortdauernder, die Grundvesten des Staats erschütternder Kampf zwischen extremen Richtungen, an dem andere Völker kranken und nicht zur Ruhe kommen können, unserem Vaterlande nicht erspart bleiben."

Wir erblicken in diesen Sätzen den Kernpunct des ganzen Aufrufs und eine Mahnung, die in allen besonnenen und von Parteileidenschaft nicht verblendeten Kreisen unseres Volkes ihre Wirkung unmöglich verfehlen kann. Die Verbrüderung der politischen und kirchlichen Reaction ist die höchste Gefahr für die Entwickelung unseres Staatswesens in Gegenwart und Zukunft; sie hat schon sehr bestimmte Gestalt angenommen, mehr als einem gesetzgeberischen Werk ihren Stempel aufgedrückt und droht sich immer fester und enger zusammenzuschließen. Das beste Mittel, diese Entwickelung zu fördern und für lange Zeit zu verewigen, wäre die Umbildung des gesammten Liberalismus in diejenige Form, die man heute den entschiedenen Liberalismus oder die Fortschrittspartei zu nennen pflegt. Müßte die gemäßigt liberale Partei heute liquidiren, müßten die verschiedenartigen Bestrebungen, die sich heute auf einen Mann der Mitte zu vereinigen vermögen, sich zwischen einem Candidaten des Radicalismus oder der Reaction entscheiden, so würde einen Theil der Erbschaft ohne Zweifel die Fortschrittspartei übernehmen, einen andern aber ganz unfehlbar die weiter nach rechts stehenden Parteien. Aber der Zuwachs, den der entschiedene Liberalismus etwa zu erwarten hätte, würde nun und nimmer ausreichen, den vereinigten Conservativen und Klerikalen die Stange zu halten. Die Letzteren aus ihren schwer zugänglichen Wahlkreisen zu vertreiben, wird seitens der Fortschrittspartei kaum oder höchstens in einzelnen Fällen der Versuch gemacht; daß die deutsche Reichsvertretung unter den heutigen Umständen, die sich so bald schwerlich ändern werden, eine Schaar Centrumsmitglieder zählt, die unter Hundert nicht gar weit zurückbleibt, wird schon als unabänderliche Thatsache hingenommen.

Aber möge man sich doch auch über die Macht der conservativen Bestrebungen keinen gefährlichen Täuschungen hingeben mit der ewig wiederholten Betheuerung, der conservative Hauch sei bereits verschwunden, ist man auf dem besten Wege, sich in eine gefährliche Sicherheit einzuwiegen, aus der man eines schönen Tags unliebsam erwachen könnte. Die Leiter der Fortschrittspartei haben in ihrer eigenen Hochburg Gelegenheit genug zu interessanten Studien. Neues und frisches Leben könnte der conservativen Bewegung gar nicht sicherer eingeflößt werden als durch Ueberspannung und Uebertreibung des Liberalismus. Der entschiedene Liberalismus mag durch die Anfeindung des gemäßigten ein paar Mandate erringen. Aber daß in Deutschland auf jene als auf politischen Radicalismus und absoluten Freihandel eine Partei zu gründen wäre, die in der Volksvertretung die Majorität besäße, diesem Gedanken können sich nur Leute hingeben, die unter der verblendenden Macht der Phrase und der Parteileidenschaft allen Blick für die wirklichen Thatsachen des Lebens verloren haben oder aus ihren Erfahrungen in engen Kreisen sich ein ganz falsches Bild der Allgemeinheit machen. Erfüllt sich der gesammte Liberalismus mit den Lehren und Bestrebungen des Radicalismus, so haben wir jetzt und in alle Zukunft eine vereinigte Majorität der politischen und kirchlichen Reaction in der Volksvertretung, und sie würde, jetzt noch im Zaum gehalten, bald Dinge nicht nur erstreben, sondern auch ausführen, die sie jetzt kaum schüchtern anzudeuten wagt. Ob damit der liberalen Sache gedient ist, Das bedarf wahrhaftig keiner weiteren Untersuchung.

Nichts ist thörichter und leichtfertiger als der Ruf: bei so schroffen Gegensätzen, wie sie heute herrschen, hätten vermittelnde Richtungen keinen Zweck und Boden mehr. Wenn einmal ein paar Jahre oder Jahrzehnte lang diese Gegensätze ohne Uebergang und Vermittelung sich gegenüber gestanden, wenn wir den andere Völker zerrüttenden, die Grundvesten des Staates erschütternden Kampf zwischen extremen Richtungen, von dem die nationalliberale Erklärung spricht, erst ein Menschenalter erlebt hätten, so würde über den Werth der Mittelparteien nicht mehr so geringschätzig abgesprochen werden, wie es jetzt vielfach geschieht.

Der Kaiser hat am Freitag eines plötzlich eingetretenen Unwohlseins halber die beabsichtigte Fahrt nach Potsdam zur Besichtigung des Lehr-Infanteriebataillons aufgeben müssen. Der kaiserliche Extrazug stand schon auf dem Potsdamer Bahnhofe bereit, als wenige Augenblicke vor der fahrplanmäßigen Abfahrtszeit durch eine Ordonnanz aus dem königlichen Palais die Meldung eintraf, daß der Allerhöchste Kriegsherr nicht fahren würde, sondern den Kronprinzen beauftragt habe, an seiner Stelle die Besichtigung vorzunehmen. Der Kriegsminister v. Kameke, der Gouverneur v. Fransecky, der russische Militairbevollmächtigte, die Generaladjutanten v. Steinäcker und Prinz Radziwill, der Flügeladjutant v. Lindequist und andere Herren, die schon auf dem Bahnhofe der Ankunft des Kaisers harrten, gaben die Fahrt auf und kehrten zur Stadt zurück. Der Kaiser hat sich, wie man hört, eine leichte Erkältung zugezogen und hütet auf den Rath seiner Leibärzte das Zimmer.

Zu der Innungsvorlage ist von Seiten der Conservativen und des Centrums die Wiederaufnahme der bedenklichsten Bestimmung von dem Verbot der Annahme von Lehrlingen beantragt worden. Auch sonst wird es nicht an Verschärfungen fehlen, das bei der zweiten Lesung nicht Erreichte möglichst wieder in das Gesetz zu bringen. Nöthigenfalls ist jedenfalls auch bei der Stempelsteuervorlage und anderen dritten Lesungen zu erwarten. Es ist daraus für die liberale Hälfte des Hauses die dringende Mahnung zu entnehmen, durch rechtzeitiges und vollzähliges Erscheinen gegen Ueberrumpelungen auf der Hut zu sein. Es wird sich bei wichtigen Entscheidungen nur um wenige Stimmen handeln.

Unter einer gewissen Sensation des Hauses hatte Herr von Puttkamer als Bundescommissar bei dem Rechenschaftsbericht über die Ausführung des Socialistengesetzes angekündigt, daß gegen den socialdemokratischen Abg. Hasselmann demnächst die Anklage wegen Hochverraths und Majestätsbeleidigung werde erhoben werden. Seit dem sind ungefähr zwei Monate verflossen, aber die Anklage, von welcher der Minister gesprochen, läßt nach immer auf sich warten. Wir hören nunmehr aus guter Quelle, daß aus der Verzögerung nicht geschlossen werden darf, die gehegte Absicht sei aufgegeben, sondern daß man zuständigen Orts mit der Sammlung und möglichst deutlichen Begründung des zur Anklage dienenden Materials beschäftigt ist und daß der interessante Communsocialproceß etwa im Juli anhängig gemacht werden soll. Unter den Socialdemokraten im Reichstage ist man selbstverständlich wenig erbaut von einem Vorgange, bei welchem mindestens die schmutzige Wäsche der Partei an das Tageslicht gezogen wird, der aber auch möglicherweise nach manchen Richtungen hin compromittirend wirken kann. Die socialistischen Abgeordneten ergreifen mit Wonne jede Gelegenheit, um Allen, die es hören und glauben wollen, ihren Abscheu vor dem „agent provocateur" Hasselmann auszudrücken. Einem Spion pflegt indessen Derjenige, der ihn als solchen gebraucht hat, gemeiniglich keinen Proceß zu machen.

Herr Liebknecht ist nach seiner letzten Reichstagsrede eine überaus wichtige Person für die Officiösen geworden. „Die jetzige Bekehrung des Herrn Liebknecht", schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", „ist sehr dankenswerth, aber daß es ihm so leicht gemacht würde, die Rolle des Triumphators zu spielen, wo er in der That hinter dem Wagen des Siegers (des Reichskanzlers) schreitet, hat er wohl selbst kaum gehofft. Im Uebrigen hat die socialdemokratische Partei freilich immer die allseitige unmittelbare Fürsorge des Staats für die Arbeiter verlangt, aber über die Technik dieser Fürsorge nie einen ernsthaften, geschweige denn haltbaren Gedanken zum Vorschein gebracht. Nach der technischen Seite hat sie auf die Vaterschaft des jetzigen Gesetzes keinen Anspruch, und auf diese technische Seite wird jetzt wie in Zukunft Alles ankommen. Wiederholt sei jedoch betont, daß die Bekehrung des Herrn Liebknecht vom revolutionairen zum reformirenden Socialismus nur willkommen zu heißen ist. Daß die Abstellung der socialen Uebelstände und nicht blos die Zurückdrängung der revolutionairen Socialdemokratie der ernsteste Wille der Regierung in demselben Augenblick gewesen, wo sie zur Repression schritt, dafür zeugen die Begründung der Vorlage gegen die Ausschreitungen der Socialdemokratie, der damalige Commissionsbericht und die Reden der Minister; überall findet man die Anerkennung positiver Pflichten der Gesellschaft gegenüber dem Arbeiterstande. Mit der Erfüllung dieser Pflichten ist, wie jetzt Herr Liebknecht zugesteht, durch die Vorlage des Unfallversicherungsgesetzes ein namhafter und wirksamer Anfang gemacht worden." So weit das officiöse Blatt, für welches Herr Liebknecht früher schriftstellerisch thätig war.

Wie wir erst kürzlich gemeldet, verstehen die Wiener Socialdemokraten die liberale Bewegung gegen die Herabminderung der achtjährigen Schulpflicht vortrefflich auszunützen. Kaum hat die Volksversammlung in Dreher's Bierhalle im Sinne der rothen Parteigenossen getagt, so folgte am Donnerstag Abend ein zweites Meeting in Zobel's Bierhalle, zu dem über tausend Arbeiter aus allen Vorstädten Wiens erschienen. Der Inhalt der verschiedenen Reden war ein überaus heftiger, aber trotzdem fand sich der anwesende Polizeibeamte nicht veranlaßt, die Versammlung aufzulösen. Schließlich ward eine Resolution angenommen, in der die Versammlung die Erwartung ausspricht, das Herrenhaus werde den vom Abgeordnetenhause angenommenen Antrag Liendacher's bezüglich der Herabminderung der achtjährigen Schulpflicht deshalb ablehnen, weil ein solches Gesetz nicht nur die geistige Verkümmerung des Volkes, sondern auch speciell die Schädigung der Gewerbe und Industrie zur Folge haben müßte. Auch für die vollständige Trennung der Kirche von der Schule ward scharf eingetreten. In der Versammlung erschienen auch die roth angehauchten Reichsrathsabgeordneten v. Schöner er, Dr. Hoffer und Wiesenburg, von denen namentlich der Erstere Gegenstand socialdemokratischer Ovationen war.

Der ungarische Reichstag ist durch königlichen Befehl zum 24. September einberufen. Eine Verordnung des Ministers des Innern setzt die Vornahme der Neuwahlen für die Zeit vom 24. Juni bis einschließlich 3. Juli fest.

Das englische Unterhaus hat sich am Freitag mit den irischen Angelegenheiten beschäftigt. Im Laufe der Sitzung gebrauchte der Deputirte O'Kelly den Behauptungen eines anderen Deputirten gegenüber die Worte „verleumderisch und lügnerisch", nachdem schon vorher der Gebrauch des Wortes „lügnerisch" einem anderen Deputirten untersagt worden war. Das Haus beschloß mit 188 gegen 14 Stimmen, den Deputirten O'Kelly für den Rest der Sitzung auszuschließen. — Der Premier Gladstone stellte den Antrag, daß sich das Haus am Schluß der Sitzung bis zum 9. vertage. — Die Deputirten Gent und Churchill drückten ihr Bedauern über den Mangel an Informationen über die Zustände in Irland und im Transvaal-Lande aus. Gladstone erwiderte, die Executive von Irland habe energische Maßregeln zur Unterdrückung der Unordnungen ergriffen. Northcote erklärte, die Mittheilung Gladstone's sei weit davon entfernt, die durch das Verbleiben Forster's in Dublin und durch die alarmirenden Gerüchte verursachten Besorgnisse zu beseitigen, die größte Gefahr liege in der Schwäche und Unsicherheit der Regierung den Ereignissen in Irland gegenüber. Der Staatssecretair des Innern, Harcourt, wies die der Regierung gemachte Beschuldigung zurück und behauptete seinerseits, Northcote habe den Wunsch, Besorgnisse hervorzurufen und dadurch die Schwierigkeiten zu vermehren und die Situation noch ernster zu machen. Hierauf wurde die Einzelberathung der Landbill fortgesetzt.

Aber nicht nur das Parlament, sondern auch die Presse beschäftigen die irischen Zustände. Die „Daily News" schreibt:

Die Lage in Irland verschlechtert von Tag zu Tag größere Beunruhigung. Man scheint sich aufrührerischen Erhebungen und ernsten Zusammenstößen zwischen Soldaten und Volk mehr und mehr zu nähern. Die bei dem Durchbringen der Zwangsakte ertheilten Versicherungen sind nicht erfüllt worden. Man hatte allgemein gehofft, daß mehr Pächter zur Bezahlung bereit, weniger Gutsbesitzer auf Exmission erpicht sein würden. Die Schutzacte ist bis zu einem gewissen Grade fehlgeschlagen, und das Versprechen, das Gesetz zu verbessern, hat keinen besonders heilenden Einfluß gehabt. Ein socialer Krieg ist im Ausbruch und der Geist der Ausrottung beiderseits im Wachsen begriffen. Was die Regierung zu thun hat, ist die Beseitigung der Ungerechtigkeit, soweit Dies eben möglich ist, und die Aufrechterhaltung der Ordnung. Man mache das Gesetz gerecht und milde, und sehe darauf, daß ihm Gehorsam geleistet werde. Dies soll nun auch geschehen, obgleich leider, doch nothwendigerweise, in verkehrter Reihenfolge; und es übernehmen Die-